

I. Anmeldung

TOP: _____

Stadtrat

Sitzungsdatum 14.12.2016

öffentlich

Betreff:

Geschlechtergerechte Besetzung der kommunalen Beiräte

hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.2016

Anlagen:

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN vom 05.02.2016

Sachverhaltsdarstellung

Tabellen

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Um dem Ziel gerecht zu werden, mehr Frauen in Fachgremien zu entsenden, beantragt die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN die Darstellung der momentanen Besetzung der kommunalen Beiräte nach Geschlecht und die Prüfung, ob und wie eine gendergerechte Besetzung in der Satzung der jeweiligen Beiräte verankert werden kann.

Es wird dargestellt, dass derzeit der Gesamtanteil der Frauen in den betroffenen Beiräten bei 42,5 % liegt. Dabei wird in 8 von 23 Beiräten eine Quote von 40% Frauenanteil nicht erreicht. In den übrigen Beiräten ist die Verteilung relativ ausgeglichen. Zu unterscheiden sind Gremien, deren Besetzung aufgrund einer Satzung geregelt wird und Gremien, deren Zusammensetzung per Gesetz oder durch Wahl festgelegt wird. Bei den erstgenannten ist nach Auffassung von RA eine Verankerung einer gendergerechten Besetzung in den Satzungen der jeweiligen Beiräte grundsätzlich rechtlich möglich. Die jeweiligen Satzungen können wörtlich - um diesen Satz ergänzt werden: "Der Beirat soll sich zu mindestens 40% aus Frauen und zu mindestens 40% aus Männern zusammensetzen."

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Ziel ist die gendergerechte Besetzung der kommunalen Beiräte unter Berücksichtigung einer entsprechenden Formulierung der Satzungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. BgA

Nürnberg,
Der Oberbürgermeister

()